

Aktionstag: Städtische Kindergärten heute zu

2024-01-24 10:17

Die städtischen Kindergärten in Wien haben heute am „Tag der Elementarpädagogik“ geschlossen, die privaten sind offen. Für die Bediensteten werden Fortbildungskurse und Veranstaltungen abgehalten.

Insgesamt soll mit diesen Aktionen einmal mehr auf die prekäre Situation in den Kindergärten aufmerksam zu machen. Seit 2018 richten Aktivistinnen und Personal der Kindergärten jedes Jahr am 24. Jänner, dem Tag der Elementarpädagogik, ihre Forderungen an die Politik. Als ein „Zeichen an die Politik“ findet ein zusätzlicher pädagogischer Tag statt, an dem die verschiedenen, zum Teil altbekannten Probleme der Kindergärten im Mittelpunkt stehen.

Es sind viele Probleme, mit denen die Kindergärten zu kämpfen haben: Kosten, Betreuungsquote, Personalmangel, Gruppengröße sowie Verfügbarkeit sind nur einige davon. „Die Beschäftigten in den Kleinkindergruppen, Kindergärten und Horten meistern jeden Tag große Herausforderungen.

Arbeit immer anspruchsvoller

Sie müssen einen enormen Personalmangel ausgleichen, auch die pädagogische Arbeit wird immer anspruchsvoller. Die Verantwortlichen in der Politik müssen jetzt rasch handeln“, forderte Manfred Obermüller, stv. Vorsitzender in der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Fehlendes Geld könne nur noch zum Teil als Ausrede verwendet werden, so Obermüller weiter, verwies er auf zusätzliche Mittel von 108.5 Millionen Euro allein für Wien: „Jetzt geht es darum, dass diese zusätzlichen Mittel auch richtig eingesetzt werden.“ Neue Plätze zu schaffen ohne sich dabei um das notwendige Personal zu kümmern, könne natürlich nicht funktionieren. Die Bundesregierung müsse endlich für die nötige Ausbildung sorgen.

Private und öffentliche Einrichtungen nicht ident

Obermüller forderte zudem mehr Mittel für öffentliche Einrichtungen als für private. Denn öffentliche würden länger offen halten und weniger Schließtage haben. Außerdem würden viele Kinder mit besonderen Bedürfnissen in den öffentlichen Einrichtungen betreut.

Die Elementarpädagogin und Gewerkschafterin Judith Hintermeiersah auch hier die Bundesregierung in der Pflicht: „Der Bildungsminister (Martin Polaschek, ÖVP, Anm.) muss endlich ein Bundesrahmengesetz

vorlegen, damit alle Kinder in allen Bundesländern gleichbehandelt werden." Sie erinnerte Polaschek zudem auch, dass er als Bildungsminister für die Ausbildung des Kindergartenpersonals zuständig sei.

ÖVP und Grüne fordern Reformen ein

Sozialpartner und Parteien zeigten per Aussendung Unterstützung für die Anliegen des Kindergartenpersonals, das in den vergangenen Jahren wiederholt wegen schlechter Rahmenbedingungen protestiert hat. In einer Petition, die noch bis März unterschrieben werden kann, fordert aktuell eine Gruppe von Kindergarteninitiativen wie das Netzwerk Elementarer Bildung Österreichs (NEBÖ) und Educare und Kindergartenträger von der Caritas bis zu den Kinderfreunden mehr Geld, bessere Rahmenbedingungen und ein Recht auf einen Platz für jedes Kind.

Die Wiener ÖVP pochte erneut auf einen Stufenplan zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Kindergärten. „Gibt es diese mittel- bis langfristige Perspektive für bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen in Wiens Kindergärten nicht, werden immer weniger Pädagoginnen und Pädagogen in den Beruf einsteigen, worunter erneut die Qualität in der Kinderbetreuung leidet“, warnte Bildungssprecher Harald Zierfuß.

Echte Reformen forderten auch die Grünen: „Stadtrat Wiederkehr muss endlich Verantwortung übernehmen, mutig sein und echte Reformen starten“, forderten die bei den Wiener Grünen für Bildung Verantwortlichen, Julia Malle und Felix Stadler. Nötig seien bessere Arbeitsbedingungen, kleinere Gruppen, ein besserer Fachkraft-Kind-Schlüssel und eine faire Bezahlung.